

Ratsgruppe FDP/Partner

Stellungnahme zur Abstimmung über den Haushalt 2023 in der Ratssitzung am Mittwoch, den 21-12-2022

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

erst vor gerade mal 10 Monaten haben wir an dieser Stelle den Haushalt 2022 beschlossen, immerhin mit einem Überschuss von ca. 3,6 Mio. Euro. Das Ergebnis für 2023 wurde im Frühjahr 2022 noch mit einem Fehlbetrag von 4,1 Mio. Euro prognostiziert. Von ursprünglich ca. 75 neuen Stellen hatten wir uns schließlich auf 52 als Plan A und vielleicht dann noch 20 neuen Stellen als Plan B für das Jahr 2023 verständigt. Eine wichtige Entscheidung, die dann auch für die Gruppe FDP/Kuhnke eine Zustimmung zum Haushalt möglich machte. Die Kommunalaufsicht hatte dann im Juni 2022 angemerkt, dass eine Stellenvermehrung von ca. 53 Neustellen in Hannover grundsätzliche Bedenken ausgelöst hat, da die Personalkosten in 2022 gegenüber 2019 um 34% angestiegen sind und damit lt. Innenministerium eine sogenannte „rote Linie“ angekratzt haben. Nun stehen wir heute vor nochmals einer Vermehrung von 31 zusätzlichen Planstellen in 2023. Diese neuen Stellen belasten den Personaletat ab dem nächsten Jahr um mindestens 1,2 Mio. Euro, wobei der kommende Tarifabschluss im öffentlichen Dienst wohlwollend mit nur 5% einkalkuliert wurde. Die zuständigen Gewerkschaften diskutieren mittlerweile eine Forderung von 12 % und es bleibt abzuwarten, welche Prognose hier realisiert wird.

Der Plan B wurde aktuell um 9 Stellen nach oben verschoben, insbesondere auch wegen eines Neubedarfs von 6 Stellen für die Bearbeitung kommender Wohngeldanträge für das neue Wohngeld-Plus-Gesetz ab dem 01.01.2023. Hier wurde nach der Daumenmethode der vermutliche Ansturm neuer Anträge auf das Personal bezogen, welches dementsprechend auch vervielfacht wurde. Die Gruppe FDP/Partner fragt sich dabei, was geschieht mit den neuen Stellen in diesem Bereich, wenn der Ansturm der zusätzlichen Anträge bearbeitet worden ist und auch die Wohngeldbearbeitung zur Normalität übergehen kann. Werden dann auch noch diese 6 zusätzlichen Stellen benötigt? Auch fragt sich die Gruppe nach dem Nutzen einer Digitalisierung innerhalb der Verwaltung, die gemäß OZG zum Ende dieses Jahres, also in etwa 10 Tagen, weitgehend abgeschlossen sein sollte. Hier müsste es auch Einspareffekte im Personalbereich geben. Wir hoffen, dass die Kommunalaufsicht weiterhin auch dem neuen Stellenplan zustimmen wird und appellieren an den Verwaltungsvorstand, dass zukünftig eventuell nicht mehr ausgelastete Stellen im Wohngeldbereich anderweitig eingesetzt werden!

Der zweite Kritikpunkt der Kommunalaufsicht zum Haushalt 2022 waren die gravierenden Steigerungen der Nettoneuverschuldung, verursacht weitgehend durch ein Investitionsprogramm, dessen Notwendigkeit, Dringlichkeit und Umsetzbarkeit überprüft bzw. angepasst werden sollte. Nun sieht auch der Haushalt 2023 wieder eine enorm angestiegene Nettoneuverschuldung von fast 30 Mio. Euro vor. Immerhin fast 4 Mio. Euro weniger als im Frühjahr 2022 vorhergesagt. Das begrüßen wir ausdrücklich, auch weil wir mit vielen Positionen im Finanzhaushalt 2023 einverstanden sind und auch selber dabei mitgewirkt haben, dass im Bereich Schule, Kindergärten, Sport und Kultur einiges auf dem Weg gebracht wird. Wir weisen hierbei insbesondere auf die von uns initiierte Sanierung der Sporthalle am Stadtbad, das notwendige Startkapital für das Kleine Haus, die vorgezogene Sanierung der BBSII und der 3 Mio. Grundstein für die Planung einer neuen Förderschule. Alles Investitionen, für die es sich lohnt auch neue Schulden einzugehen, denn der Ertrag wird sich zukünftig einstellen und die Verbindlichkeiten sind mit positiven Rendite-Erwartungen verbunden. Bei der Sanierung der Sporthalle am Stadtbad sollte es natürlich nicht so schleppend ablaufen, wie bei der Baugenehmigung der neuen Halle auf dem Stadiongelände, wo nach einjähriger Wartezeit die Baugenehmigung wohl immer noch nicht ausgesprochen wurde. Wir können uns für die Geduld beim Generalunternehmer bedanken. Nur die Preise werden diese Geduld nicht aufbringen!

Jegliche gutgemeinte Finanzplanung funktioniert aber nur dann, wenn unsere Verwaltung auch eine entsprechende Umsetzung garantieren kann und darauf hatte sich auch die Kritik der Kommunalaufsicht bezogen, die auf die ständig anwachsenden Restmittel verweist, also beschlossene Investitionen, deren Ausführung noch auf sich warten lassen. Diese sogenannten Restmittel haben mittlerweile eine Größenordnung von fast der doppelten Neuverschuldung für das Jahr 2023 erreicht, mutmaßlich am Ende dieses Jahres wohl über 50 Mio. Euro. Hier sieht die Gruppe FDP/Partner eine der wichtigsten Aufgaben von Vorstand und Fachbereiche unserer städtischen Verwaltung, dieses Gebirge an noch umzusetzenden Aufgaben zügig abzubauen und den Weg für die Neuinvestitionen im Jahre 2023 freizumachen. Für diese Aufgabe sollten nach unserer Auffassung auch neue Wege beschritten werden. Nicht nur die vermehrte Fremdvergabe von Planungs- und Bauaufgaben gehört dazu, auch das Gewinnen von Investoren für Anlagen und Bauten, die dann von der Stadt langfristig angemietet werden. Warum nicht ein privates Generalunternehmen für den schlüsselfertigen Bau einer Förderschule gewinnen, die dann z.B. für 30 Jahre von der Stadt angemietet wird. Oder auch die Überlegung, ob nicht die Gründung einer städtischen Planungs- und Baugesellschaft für den Abbau des Investitionsstaus helfen kann. Sicherlich wird der gute Kontakt zur neuen Landesregierung hier hilfreich sein können, denn das Land ist dabei eine eigene Wohnungsbaugesellschaft auf die Schiene zu setzen. Eine GSG haben wir hier in Delmenhorst bereits, bloß, die baut weder Schulen noch saniert sie Sportstätten.

Die Gruppe FDP/Partner blickt insofern hoffnungsvoll in die Zukunft und wünscht der Verwaltung eine flinke und intelligente Hand für die erfolgreiche Umsetzung dieses neuen Haushaltes 2023, dem wir hiermit unsere Zustimmung geben werden.

Delmenhorst, den 21.12.2022

Es gilt das gesprochene Wort!

Claus Hübscher

FDP-Ratsmitglied und

FDP-Fraktionsgeschäftsführer

Mitglied der Ratsgruppe FDP/Partner